

Berlin-Konferenz in Bonn

Bundesregierung für harten Gegenkurs — Dulles: Keine Differenzen

Bonn (Eigenmeldung/ap/dpa). Die Berlin-Frage stand im Mittelpunkt einer Konferenz in Bonn, an der die deutschen Botschafter in Moskau, Washington, London, Paris und Rom teilnahmen. Die Botschafter berichteten über die Haltung der Regierungen, bei der sie akkreditiert sind. Wann die erwartete sowjetische Note zur Berlin-Frage in Moskau überreicht wird, ist noch völlig offen. Inzwischen hat die Ansicht der Bundesregierung, daß jede Maßnahme der Sowjetunion zur Beseitigung des Viermächtestatus von Berlin mit einem „harten Gegenkurs“ der Westmächte beantwortet werden muß, immer mehr an Boden gewonnen und bei den Westmächten zunehmendes Verständnis gefunden. Meldungen, daß in der Berlin-Frage Meinungsverschiedenheiten beständen, wurden sowohl in Bonn als auch in London und Washington entschieden dementiert.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, erklärte bei seiner Ankunft in Bonn, er betrachte die Lage „ernst, aber zuversichtlich“. Er habe eine Reihe von Vorschlägen zur Berlin-Frage ausgearbeitet, die er Außenminister von Brentano vortragen werde. Die angekündigte sowjetische Note werde bestimmt kommen, einen Zeitpunkt wisse er jedoch nicht.

Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte mit Nachdruck, es lägen keine Anzeichen für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik vor. Im gleichen Sinne versicherte der deutsche Botschafter in den USA, Grewe, nach einer Unterredung mit Unterstaatssekretär Murphy, daß völlige Übereinstimmung im Grundsätzlichen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten über die Haltung in der Berlin-Frage bestehe.

Die Meinung des Westens

Die Notwendigkeit einer Konferenz der „Großen Drei“ über Berlin verneinte Dulles. Allerdings, so fügte er hinzu, könnten die Sowjets jederzeit dafür sorgen, daß ein solches Treffen erforderlich werde. „Welche Lage auch immer entstehen wird, die Westmächte werden ihr einig und mit Entschlossen-

heit begegnen“, sagte der Außenminister. Auf die Frage, ob er gegebenenfalls bereit sei, zu Beratungen mit britischen und französischen Persönlichkeiten nach Berlin zu reisen, erwiderte

US-Protest in Karlshorst

Berlin (dpa). Der Leiter der Politischen Abteilung der US-Mission in Berlin, Findlay Burns, hat bei der zuständigen Stelle der Sowjetischen Kommandantur in Karlshorst wegen eines Übergriffs von Volkspolizisten auf Westberliner Gebiet am Potsdamer Platz protestiert. Kameraleute einer amerikanischen Fernsehgesellschaft hatten dort am Sonntag ihr Gerät aufgebaut, um einen zuvor im Ostsektor begonnenen Film weiterzudrehen. Plötzlich waren drei Volkspolizisten aufgetaucht und hatten den Kameramann aufgefordert, ohne Widerstand mitzukommen. Als der Fotograf diesen Zuruf ignorierte, sprang ein Volkspolizist auf Westberliner Gebiet, ergriff die Kamera und das Stativ und rannte damit in den Sowjetsektor zurück. Das „entführte“ Filmgerät ist der amerikanischen Fernsehgesellschaft inzwischen vom Ostberliner Volkspolizeipräsidium zurückgegeben worden.

der Minister: „Ich werde alles tun, was notwendig ist.“

In London hatte der amerikanische Botschafter Whitney eine längere Unterredung mit dem britischen Außenminister Lloyd. Der amerikanische Vizepräsident Nixon ist inzwischen nach London geflogen, wo er während eines viertägigen Besuchs mit den führenden britischen Politikern neben anderen Fragen auch die Berlin-Krise erörtern wird.

Wenn auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Berlin-Frage nicht bestehen, so scheint es doch graduelle Unterschiede in der Beurteilung zu geben. In Paris besteht der Eindruck, daß sich die französische Einstellung zum Berlin-Problem wesentlich mehr mit dem amerikanischen Standpunkt als mit dem der Engländer deckt. Diese Haltung dürfte auf folgenden Grundnenner zu bringen sein: Der Westen darf selbst in Kleinigkeiten auf keinen Fall nachgeben und muß auch den Anschein eines ernsthaften Verhandels mit der Sowjetzonen-Republik vermeiden.

In London dagegen scheint man mehr einer elastischeren Politik zuzuneigen. Dies gilt nach Ansicht politischer Kreise vor allem für die Frage, ob und inwieweit die Westmächte mit Vertretern der Sowjetzonenbehörden sprechen sollten. Man fürchtet, daß starre Positionen den Westen in eine Sackgasse führen und später dem Westen selbst die Bewegungsfreiheit nehmen könnten. Feste Pläne, eventuell mit der öffentlich bekundeten Absicht, nötigenfalls mit Panzern die Verbindungswege nach Berlin offenzuhalten, seien nach Ansicht der zuständigen britischen Stellen unrealistisch und entsprächen nicht der Art der Bedrohung, der Berlin jetzt ausgesetzt sei.

Was geschehen sollte

K. W. B. Während diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht bekannt, wie im einzelnen das Memorandum aussieht, das der sowjetische Außenminister den Vertretern der Staaten in Moskau übergeben will, die mit Hitler-Deutschland im Krieg gelegen haben. Aber es ist, mindestens aus den summarischen Ankündigungen, die Botschafter Smirnow Bundeskanzler Adenauer wissen wir, daß er die Verharmlosung, mit der die Sowjets mit ihrer Aufkündigung des Vier-Mächte-Status von Berlin zielen. Von Bundeskanzler Adenauer wissen wir, daß er die Verharmlosung, mit der die Sowjets offensichtlich jetzt ihren eigenen politischen Angriff verkleinern wollen, an Ort und Stelle direkt zurückgewiesen hat. Botschafter Smirnow, der als der mit der konziliantesten Umgangssprache ausgestattete Sowjetbotschafter bekannt ist, hat sogar, seine Moskauer Auftraggeber weit übertreffend, den geplanten Moskauer Völkerrechtsbruch den Deutschen als ein freundliches Vorweihnachtsgeschenk schmackhaft zu machen versucht. Genau, wie er unermüdlich durch die Bundesrepublik reist, sich im Süden und im Norden gern als der Anwalt für ein besseres deutsch-sowjetisches Verhältnis feiern läßt, wie er, die Sprache des Klassenkampfes und des sowjetischen Imperialismus peinlich vermeidend, Wirtschaftlern und Intellektuellen vom ideologiefreien, rapallo-süchtigen Rußland des New Look angenehme Geschichten erzählt.

*
Gewiß nicht ohne Kenntnis dieser Überredungsqualitäten, die Smirnow hat, schickte ihn Chrustschow zuerst zu Adenauer, bevor er den Regierungen der westlichen Staaten sein „Dokument“ überreichen läßt. Aber wie Smirnow auch die Chrustschow-Angriffe dem deutschen Regierungschef als höchste die Deutschen und Russen aufs innigste verbindende Weisheit zu schildern sich anstrengte — er bekam im Gegenteil vom Bundeskanzler zu

hören, daß Adenauer jeden Versuch, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen, als die gefährlichste Bedrohung nicht nur der Berliner, sondern der allgemeinen deutschen Sicherheit ansehen müßte. Gespräche dieser Art können eine Aktion, die schon angelaufen ist, nicht mehr anhalten. Aber dieses Bonner Gespräch wird dem Kreml eine ungefähre Vorstellung von dem vermittelt haben, was ihm an Reaktionen auf seine vorerst theoretischen Absichten bevorsteht.

*
Zwei Fragen, die eng miteinander verbunden sind und auch eng verbunden beantwortet werden müssen, bedrängen jetzt alle Welt: Was geschehen könnte — und was geschehen sollte... Man kann das Spekulieren und den freien Lauf der Phantasie, die in den letzten Tagen, aus Erinnerungen und unkontrollierbaren Erwartungen gemischt, über viele, meistens fern vom Schuß gelegene Blätter sich ergossen haben, ruhig zügeln und sich auf das Nächstliegende konzentrieren: Auf den unausweichlichen Grundsatz, jedem, auch dem kleinsten und unscheinbar scheinenden Schritt aus der Sicherheit unseres Daseins heraus zu widerstehen. Das ist gerade jetzt vonnöten, da die Sowjets nun offensichtlich nicht mit einem plumpen System der Aushungerung oder Abschürung ihren neuen Run auf die Freiheit versuchen, sondern mit Schritten, deren Konsequenzen wirklich nicht allen Augen erkennbar bleiben. Das „principis obsta“, das Sich-Wehren gegen die Anfänge, ist nie erforderlicher gewesen als heute, da in den sowjetischen Angeboten mancherlei verpackt ist, was politischen Illusionisten der letzten Jahre als ein Weg oder eine Methode zum Brückenschlag nach Moskau vorkam. Die Sowjets haben offensichtlich fleißig die Stimmen und Stimmungen gesammelt, die der konsequenten deutschen Politik ein anderes, ein „elastischeres“ Gesicht geben wollten. Nun präsentieren sie eine Sowjetunion, die zunächst einmal Berlin das Geschenk der Freiheit — der Freiheit, wie sie sie verstehen — machen will.

Die Sowjets haben sich ein neues Mal, so möchte man hof-

fen, verrechnet; denn sie haben jenen neuralgischen geographischen Punkt in Deutschland berührt, an dem über alle Partei-Unterschiede hinweg die konsequente Bonner Politik der unbedingten Verbindung mit dem Westen ihre festeste Stütze und ihre stärkste Überzeugung immer gehabt hat. Mag der Kreml vielleicht darauf spekuliert haben, daß man dem Bundeskanzler in Berlin vielfach gegrollt hat, weil er sowenig Zeit fand, nach Berlin zu kommen. Mag man auch mancher innerdeutschen Polemik zuviel Wert beigemessen haben, die der Bundesregierung zuwenig tägliche Anwesenheit in Berlin vorgeworfen hat. Doch das Unvermögen des Kremis, demokratische Auseinandersetzungen innerhalb eines Volkes politisch richtig zu werten, hat ihm offenbar die Erkenntnis verschlossen, daß gerade die große Linie der außen- und sicherheitspolitischen Führung der Bundesrepublik in Berlin ihre stärkste und leidenschaftlichste Befürwortung gefunden hat.

*
Es gibt Vorschläge, daß man angesichts der Moskauer Attacke den Wahlkampf für die Wahl am 7. Dezember in Berlin abbrechen sollte. Der Gedanke scheint oberflächlichem Denken naheliegend, nun die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu lassen, da Moskau sich rüstet, die gemeinsame Berliner, ja, die gemeinsame deutsche Freiheit zu bedrängen. Aber die Demokratie, der wir in der freien und bedrängten Stadt dienen, braucht weder die Panik noch verlangt sie den Verzicht auf das Bekenntnis. Man könnte im Gegenteil meinen, die Berliner sollten sich gerade in diesen Wochen stärker als je zu der Politik bekennen, die sie immer in ihren schweren und besseren Jahren innerlich unterstützt und gebilligt haben. Es ist die Politik, die das feste, schwankungslose Zusammenstehen mit dem freien Westen zum Fundament für die Auseinandersetzung mit dem Osten um unsere gesamtdeutsche Freiheit gehabt hat. Die Politik der Bundesregierung hat nie eine stärkere Bestätigung gefunden als in den Stimmungen, die ihr aus ganz Berlin entgegengebracht werden.

USA: Absolut feste Haltung

Botschafter Grewe über die Möglichkeit begrenzter Kontakte

Washington (ap). Der Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Grewe, warnte nach einer Besprechung im amerikanischen Außenministerium vor der Möglichkeit, daß ein begrenzter Umgang zwischen den westlichen Alliierten und Amtsstellen der „DDR“ wegen des Verkehrs nach Berlin als Zeichen für die Schwäche des Westens angesehen werden könne.

Grewe hatte zuvor eine dreiviertelstündige Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Merchant im State Department gehabt, bei der, wie der Botschafter sagte, die „absolut feste Haltung“ der Alliierten und der Bundesrepublik festgestellt wurde, die Freiheit Berlins und die Verkehrswege dorthin zu verteidigen. Auf Fragen der Journalisten bestätigte Grewe, daß Pläne für den möglichen Einsatz einer neuen Luftbrücke zur Versorgung der alliierten Garnisonen in Westberlin fertiggestellt seien. Die westlichen Alliierten seien auf jeden Fall fest entschlossen, ungeachtet der kommunistischen Drohungen eine Anerkennung des sowjetzonalen Regimes zu vermeiden. Dies erstreckte sich auch auf alle Maßnahmen, die in irgendeinem Sinne als Anerkennung ausgelegt werden könnten.

Einem Journalisten, der wissen wollte, was er von dem angeblichen amerikanischen Plan halte, begrenzte Kontakte mit „DDR“-Stellen, die das sowjetische Kontrollpersonal ablösen könnten, zuzulassen, erwiderte Grewe, seiner Ansicht nach sollte man keinem sowjetischen

Druck nachgeben, wenn das mißverstanden werden könnte. Er habe aber noch keine Informationen darüber, ob die Sowjets den Ostsektor noch vor Weihnachten den deutschen Stellen übertragen würden. Allerdings liebten es die Sowjets, an christlichen Feiertagen Unruhe zu stiften.

„Hier irrt Chruschtschow“

Berlin (Eigenmeldung). Der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, hat festgestellt, Chruschtschow irre, wenn er das Potsdamer Abkommen als die Rechtsgrundlage für den Viermächte-Status von Berlin bezeichne. In einer RIAS-Sendung sagte Thedieck, der sowjetische Regierungschef habe diese „objektiv falsche These“ nur aufgestellt, um ihr die Antithese entgegenzuhalten, daß die Westmächte dieses Abkommen verletzt hätten, was die Aufkündigung des Potsdamer Abkommens und die Beendigung des Viermächte-Status von Berlin ermögliche.

Thedieck warf den Sowjets weiter vor, der Bevölkerung Mitteldeutschlands mit Terror und Lüge ein System aufzuzwingen zu haben, das mit dem Sinn des Potsdamer Abkommens nichts zu tun habe. Bei allen Beteiligten der Potsdamer Konferenz habe seinerzeit Übereinstimmung darüber bestanden, daß das neue Deutschland eine Demokratie sein solle. Die Sowjets hätten aber nur den Wortlaut der westlichen Begriffe, niemals aber deren Inhalt übernommen.

US-Botschafter bei Adenauer

Bruce legt amerikanischen Standpunkt in der Berlin-Frage dar

Bonn (ap). Bundeskanzler Adenauer empfing den amerikanischen Botschafter in Bonn, Bruce. Über den Inhalt der halbstündigen Aussprache wurden keine amtlichen Mitteilungen gemacht, jedoch wird angenommen, daß Botschafter Bruce dem Bundeskanzler den amerikanischen Standpunkt zu den jüngsten Entwicklungen in der Berlin-Frage erläutert hat. Bruce war erst am Freitag aus

Washington zurückgekehrt, wo er Besprechungen mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles geführt hatte.

Zuvor hatte Bruce eine Unterredung mit dem britischen Botschafter in Bonn, Sir Christopher Steel, und anschließend mit General Hodes, dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa. Der General war von seinem Hauptquartier in Heidelberg in die Bun-

deshauptstadt gekommen. Aus dieser Tatsache schließen Bonner politische Kreise, daß sich das Gespräch zwischen Adenauer und Bruce auch auf die Gesichtspunkte der Sicherung Berlins erstreckt haben dürfte.

Lemmer: Kein Grund zur Unruhe

Berlin (Eigenmeldung). Die sowjetischen Drohungen gegenüber Westberlin könnten bei der Bevölkerung keinerlei Unruhe auslösen, sagte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, auf einer CDU-Wahlversammlung am Wedding. „Wir brauchen nicht beunruhigt zu sein, weil wir uns durch die völkerrechtlichen Bündnisverträge mit den Westmächten gegen manchen Widerstand der Opposition durchgesetzt und gesichert haben.“

Lemmer wandte sich erneut scharf gegen die Forderung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Bundesregierung insgesamt nach Berlin zu verlegen. Die Führung der Bundesrepublik, so sagte Lemmer, müsse die volle Freiheit des Handelns haben. Diese aber sei auf der Insel Berlin nicht gewährleistet, sondern nur im souveränen Bundesgebiet. Berlin sei eine besetzte Stadt, „und wir wünschen, eine besetzte Stadt zu bleiben bis zum Tage der Wiedervereinigung. Wir sehen in unseren westlichen Besatzungsmächten keine Peiniger, sondern die Beschützer unserer Freiheit.“

Fragen an Brandt

Bundeswohnungsbauminister Lücke bekräftigte die Entschlossenheit der Bundesregierung, gemeinsam mit den Westmächten an der Sicherheit Berlins nicht rütteln zu lassen. Er stellte jedoch die Frage: „Was aber wäre mit Berlin, wenn wir entsprechend den Empfehlungen der Bonner SPD-Fraktion aus der NATO ausgeschieden wären? Ich glaube nicht, daß sich der Regierende Bürgermeister von Berlin dann noch so selbstverständlich auf die Westmächte berufen könnte.“

Wie bekannt wurde, hat Minister Lücke am Wochenende in Berlin ein Wohngrundstück erworben.

An der Kamera — die SED

Zu dem Parteauftragsfilm „Das Lied der Matrosen“

Die DEFA hat sich in letzter Zeit nicht ohne Erfolg um den Nachweis bemüht, daß sie das für stalinistische Kunstprinzipien typische primitive Agitationsschema und den sterilen schablonierten Stil eines engverstandenen sozialistischen Realismus zu überwinden im Begriffe ist. Die Kulturkonferenz der SED und die Filmkonferenz ließen freilich bereits befürchten, daß dieser Weg wieder verbaut würde. Solche Befürchtungen werden mit dem jüngsten Produkt aus den Babelsberger Ateliers leider bestätigt. Es heißt „Das Lied der Matrosen“ und wird von dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ als „eine erste Frucht“ eben dieser Kulturkonferenz und Filmkonferenz gefertigt. Was da zwei Stunden lang in Totalvision über die volkseigene Leinwand rollt, stellt einen schlimmen Rückfall in vergangen geglaubte Zeiten unkünstlerischer parteifrommer Zelluloidkonfektion dar.

Ein halbes Jahr Zeit

Vor einem halben Jahr erteilte das ZK der SED der DEFA den Auftrag, einen Film zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution zu schaffen. Der agitationserprobte Schöpfer des Thälmann-Films, Kurt Maetzig, übernahm gemeinsam mit seinem Adlaten Günter Reich die Regie, und Dr. Karl-Georg Egel und Paul Wiens schrieben das Drehbuch. Für die beiden Autoren war das so etwas wie ein Bewährungskommando. Mit ihrem Film „Sonnensucher“ hatten sie sich die Ungnade der Partei zugezogen. Sehr realistisch wurden nämlich darin die keineswegs allzu sonnigen Verhältnisse während der ersten Jahre des erzgebirgischen Wismut-Bergbaus geschildert.

Das veranlaßte die Zensur nach dem Liberalisierungsstopp, den Film zurückzuweisen. Er mußte zwecks ideologischer Überholung noch einmal ins Atelier, liegt aber trotzdem auch heute noch auf Eis. Paul Wiens hatte auch noch wegen allzu offen gezeigter Sympathien für einige intellektuelle Rebellen des Tauwetter-Jahres

1956 und wegen einiger nicht ganz linientreuer Gedichte das Mißfallen der orthodoxen Kulturhüter des Ulbricht-Regimes erregt. Dem neuen Opus, das das suspekthe Autorengespann nun zur Rehabilitierung abliefern, merkt man deutlich an, mit welcher Lustlosigkeit es verfertigt wurde.

Mit Nachtschichten

Überhaupt ist die Hast spürbar, in der dieser Streifen heruntergedreht wurde. Man mußte zuletzt Nachtschichten einlegen, um ihn rechtzeitig der Festversammlung in der Osterliner Seelenbinder-Halle zum Jahrestag der Novemberrevolution präsentieren zu können. Die geizte allerdings nicht mit Beifall. Das normale Kinopublikum dürfte weniger begeistert sein, und es bedarf schon des organisierten Pflichtbesuchs, um die Parkettreihen zu füllen. Was das Auge der Kamera erfaßte, kann kaum echte Teilnahme erwecken. Hier ist die Quantität nicht in Qualität umgeschlagen.

Dabei hatte man an nichts gespart, der Aufwand übertraf sogar noch den in dieser Beziehung bisher unerreichten monströsen Thälmann-Film. Am 9. Juni begannen die Dreharbeiten, zu denen zwei Stäbe aufgegeben wurden, und in drei Monaten mußten sie beendet sein. Bis zu 3000 Mitwirkende standen mitunter vor der Kamera. Lufttaxis brachten die Schauspieler von einem zum anderen Aufnahmeort. Für die Massenszenen bei den Außenaufnahmen in Görlitz, Rostock und Warnemünde waren Volksarmee und Betriebskampfguppen mobilisiert worden.

Dünne Story

3600 Meter belichtetes Zelluloid sind das Ergebnis aller Anstrengungen und — gähnende Langeweile. Hier ist nichts von der überrennenden Faszination, der künstlerischen Meisterschaft der russischen Revolutionsfilme aus den zwanziger Jahren. Mühsam quält sich die schwerfällige Handlung von der Erschießung der Matrosen Köbes und Reichpitsch bis zum Gründungspar-

teitag der KPD, unterbrochen nur durch die einzelnen Strophen des Liedes der Matrosen, das dem Film den Namen gab.

Die dünne Story von sieben revolutionären Matrosen dient eigentlich nur zur Illustration von Ulbrichts „Thesen zur Novemberrevolution“. Von der „verräterischen Rolle der SPD-Führung“ bis zur Demonstration deutsch-sowjetischer Freundschaft fehlt dann auch nichts aus dem Arsenal altbekannter SED-Parolen. Dem Film geht es darum, von der Notwendigkeit der Existenz einer einheitlichen klassenkämpferischen Partei wie der SED zu überzeugen. Deshalb nennt ihn „Neues Deutschland“ auch „besonders lehrreich für unsere Klassenbrüder in Westdeutschland“. Wo flimmernde Schulungslektionen gehalten werden, aber ist die Kunst abgemeldet. Was wieder einmal zu beweisen war.

H. K.

CDU für Wahlkampf

Berlin (Eigenmeldung). „Die Berliner CDU hält den in diesen Tagen aufgetauchten Vorschlag, den Wahlkampf in Berlin einzustellen, für falsch.“ Das geht aus einer Erklärung der Partei hervor, in der es u. a. weiter heißt: „Es wird in Berlin am 7. Dezember gewählt, und die Wähler müssen wissen, welche Partei sie im Interesse der Sicherheit unserer Stadt zu wählen haben. Berlin unterscheidet sich von der umgebenden Zone dadurch, daß hier lebendige freiheitliche Demokratie praktiziert wird. Die Berliner lassen sich durch Herrn Chruschtschow nicht nervös machen. Gerade hier in Westberlin darf kein Kurzschluß der Demokratie entstehen. Die CDU wird daher den Wahlkampf in der bisherigen Weise weiterführen und den Berlinern deutlich machen, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick allein die Bündnispolitik der CDU die Sicherheit Berlins garantiert.“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Kundgebungen gegen Berlin-Status

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteleuropa

B. Berlin (Eigenbericht)

Die einzige Genugtuung nach der sogenannten Volkswahl ist die Gewißheit der mitteleuropäischen Bevölkerung, daß der Westen dieser staatlichen Volkszählung mit allem Drum und Dran keinerlei Bedeutung zumißt.

CHEMNITZ

Blumen für den ersten Wähler. Im Wohnbezirk 202 erhielten der älteste, der jüngste und der erste Wähler einen Blumenstrauß. Alle Wahlvorstände mußten für die Bereitstellung von Blumen sorgen. Vor den Wahllokalen sorgten Sprechchöre für „Unterhaltung“. Zu den Kranken im Küchenwaldkrankenhaus gingen „fliegende“ Wahlhelfer. Wer schlief und nicht geweckt werden durfte, brauchte nicht zu wählen. Die Wahlhelfer steckten für ihn die beiden Scheine in die Urnen. Sie kommentierten: „Die Kranken brauchen zur Genesung den Frieden, deshalb wählen sie die Kandidaten der Nationalen Front.“

Fragen nach Bleistift und Wahlkabine wurden mit dem Song beantwortet:

„Früher haben wir Kreuze gemacht, die Liste 2 oder 8 gewählt. Die Imperialisten haben gelacht und haben für sich die Stimmen gezählt.“

Im „goldenen“ Westen kreuzt man noch in kreuzgefährlicher Weise. Demokratisch wählt ein jeder sein Joch: Dort herrschen die gleichen Kreise.

Wir wählen nicht die oder jene Partei, wir wählen die Volkskandidaten. Wir machen uns von den Kreuzen frei, weil wir genug davon haben.“

Tanz am Bußtag. In den Carola-Hotels fanden am Bußtag große Tanzveranstaltungen statt. Anlässlich eines Herbst- und Weinfestes spielten das Simon-Franz-Quintett und das Neubertrio bis zum Morgengrauen in der Bar. Eine schwarze Liste von Alkoholsündern wird in der

Chemnitzer Tagespresse mit Angabe der „Pro-mille-Zahl“ veröffentlicht. Hinter dem Namen und der Anschrift des Verkehrsünderers steht z. B. (2,0 pro mille) oder (1,93 pro mille).

ROSTOCK

Zwei Tage nach der Volkswahl war im Stadtbezirk West das Freibankfleisch ausverkauft. Die ausgegebenen Nummern konnten nicht alle beliefert werden. Im HO „Trocadero“ fand am Bußtag eine lustige Variétéveranstaltung statt mit anschließendem Tanz bis zum frühen Morgen.

Eine ganze Steckenpferd-Flotte will die Sowjetzone in den Dienst stellen. Der erste 10 000-t-Frachter „Cap Arcona“ wurde in Rostock von Stapel gelassen. Bei der Einweihung wurde bekanntgegeben, daß im nächsten Jahr zehn solcher Frachter angekauft würden. Der schwedische 10 000-t-Frachter soll in den Dienst der Zone gestellt werden und den Linienverkehr nach Ägypten aufnehmen.

LEIPZIG

Milliardenumsätze beim Zahlenlotto der Zone. Von dem 50-Pfennig-Spieleinsatz je Lottoschein erhalten die Spieler 0,30 als Gewinn und 0,15 M werden zur Finanzierung volkswirtschaftlicher Aufbauwerke verwendet. Seit Januar 1958 sollen 75 Prozent dieser Gelder als Zuschüsse für den Wohnungsbau verwendet werden. Bisher wurden 2 Milliarden und 530 Millionen Scheine des Zahlenlottos der Zone gespielt, das sind wöchentlich etwa 17 Tonnen. Gegen Rückgabe von 200 A-Scheinen des sowjetzonalen Lottos erhält der Einsender beim Versandbuchhaus Leipzig ein Buch ausgehändigt. Seit dem Beginn dieser Aktion, im Jahre 1956, wurden 1 692 000 Bücher ausgeliefert.

Gemeinschaftsempfänge organisiert! Gegen das Überhandnehmen des Westempfangs der mitteleuropäischen Fernsehteilnehmer sollen künftig Gemeinschaftsempfänge in Hausgemeinschaften organisiert werden. Anschließend an politische Pro-

gramme soll in diesen Gruppen diskutiert werden.

Gesellschaftsfahrten nach Prag. Von der Nikolaikirche fahren jeden Monat zweimal Omnibusse in die Tschechoslowakei. Vier Tage Leipzig—Prag kosten 230,— M Ost.

HALLE

Kundgebungen gegen Berlin-Status. Unmittelbar nach dem Wahlrummel setzte in einigen Betrieben der Zone eine organisierte Kundgebungskampagne ein, bei der die Redner der SED den Abzug der Alliierten aus Berlin verlangten. In dem Kultursaal der Brikkettfabrik Bruckdorf mußten die Teilnehmer einer Veranstaltung fordern: „Störenfriede raus aus Westberlin.“ Es gäbe auch in Halle noch genug Schieber, die mit gefälschtem Personalausweis Schieberware von und nach Berlin transportierten.

„Herzfehler“ der Reichsbahn. Über den Berufsverkehr zwischen Halle—Leipzig schreibt die SED-Zeitung „Freiheit“: „Jeden Tag spielt sich der gleiche Kampf um den ersehnten Sitzplatz ab. Da wird gefucht, geboxt, gestoßen, Knöpfe fliegen, und nur der Stärkste hat in diesem Kampf Chancen, einen Sitzplatz zu bekommen. Alte Leute und Kinder verzichten lieber auf die Fahrt, denn sie haben wenig Aussichten, heil aus dem Gedränge herauszukommen. Kritik wird laut, ob das die Erfüllung der Wähleraufträge sei.“

MAGDEBURG

Pfarrer sollen nicht erwähnt werden. Christliche Formulierungen in Todesanzeigen müssen laut Redaktionsanweisungen der gesamten SED-Pressen in der Zone vermieden werden. Lobende Worte für Geistliche sollen nicht ausdrücklich abgedruckt werden. Die Aufgeber von Inseraten will die SED über diese „Formalitäten“ aufklären. Redner der staatlichen Verwaltungsstellen sollen möglichst lobende Worte bekommen. Gegen diese Praxis wollten CDU-Mitglieder in Magdeburg protestierten, fanden aber bei ihrer Partei kein Gehör.

Vatikan und Weltpolitik

Verstärkte Tendenzen zur Förderung der demokratischen Freiheitsgrundsätze

Ho. Rom (Eigenbericht). In einer Meinungsäußerung hat Graf Giuseppe Dalla Torre, der langjährige Chefredakteur des „Osservatore Romano“, der vatikanischen Zeitung in Rom, der Weltpresse seine Ansichten über die Lage der Kirche in der gegenwärtigen Welt-situation mitgeteilt. Aus diesem Anlaß ergibt sich die Notwendigkeit, einige der Grundelemente der Bestrebungen zu erläutern, die heute in wichtigen vatikanischen Kreisen sichtbar werden. Es besteht heute in Rom kein Zweifel darüber, daß Papst Johannes XXIII. aktiv, wenn auch mit der traditionellen Vorsicht der vatikanischen Diplomatie, an der Lösung einiger Grundprobleme unserer Zeit beitragen will. Graf Dalla Torre faßt die Aufgabe des neuen Pontifikats wie folgt zusammen: Energische Anregungen zugunsten der noch nicht erreichten sozialen Ziele unserer Epoche, scharfe Stellungnahme gegen Rassenverfolgungen, Mitwirkung an der Auflockerung der ideologisch erstarrten Weltfronten, eine umfassende seelsorgerische und politische Bemühung gegen psychologische und wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Kriegsgefahren jeder Art.

Fortschrittliche Denker

Es ist von entscheidender Bedeutung, dabei zu erkennen, daß die Kirche heute, stärker als unter den vergangenen Pontifikaten, die Freiheitsgrundsätze der parlamentarischen Demokratie fördern und unterstützen will und wird. Im Vatikan hört man heute, die freiheitliche Demokratie stelle für die Kirche die beste Voraussetzung auch für ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit dar, und Dalla Torre hat dies ausdrücklich betont. Maßgebende Persönlichkeiten im Vatikan greifen heute auf sog. fortschrittliche katholische Denker der Kirche im 19. Jahrhundert zurück. Diese erklärten damals schon, daß sie den Liberalismus als Freiheitslehre keineswegs fürchteten. Mit Rücksicht auf die konservativen Verhältnisse vor und auch nach dem ersten Weltkrieg wurden solche Mei-

nungen noch als allzu kühn angesehen.

Das hat sich heute geändert. Republikanismus und liberale Demokratie erscheinen heute maßgebenden Kreisen im Vatikan, nach den Erfahrungen, welche die Kirche seit 1914 gemacht hat, wie gesagt, also auch für die Freiheit der Kirche selbst, für ihren Internationalismus und für ihre christliche Grundlehre von der Brüderlichkeit aller Menschen, angemessen und geeigneter als manche Staatsformen der Vergangenheit mit ihren Neigungen zu Absolutismus, Intransigenz und vielfach auch zu elementarer Menschenverachtung.

Soziale Gerechtigkeit

Es wäre bedauerlich, wenn diese Hinwendung der Kirche zu den freiheitlichen Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts gerade von katholischen Kreisen in manchen Ländern Europas und anderer Kontinente nicht deutlich erkannt und unterstützt würde. Es dürfte auch von Gegnern der Kirche bald nicht mehr möglich sein, das Wort „Vatikan“ als ein Symbol anzusehen für sogenannte reaktionäre Restaurationsbestrebungen. Es würde auch ein Irrtum im gegenwärtigen Lager sein, die Kirche polemisch noch immer als einen sogenannten religiösen „Schirm“ für rückschrittliche Wirtschaftsgruppen zu bezeichnen.

Die Kirche wird sich für eine größere soziale Gerechtigkeit auch in der Gesetzgebung der verschiedenen Staaten einsetzen, weil sie der Meinung ist, daß man die kommunistische Häresie, wie Dalla Torre ausdrücklich hervorhebt, durch soziale Reformen auf der Grundlage einer fortschrittlichen parlamentarischen Gesetzgebung wirkungsvoll bekämpfen und überwinden kann.

Die sozialen Grundsätze für eine solche Sozialpolitik schöpft die Kirche aus der katholischen Soziallehre selbst. Einer ihrer Kernsätze lautet, und auch das betont Dalla Torre, daß in einer Gesellschaft, die auf einer sozialen Wertlehre im christlichen

Sinne aufgebaut ist, die produktive Arbeit vor dem Kapital die erste Stelle einnimmt. Das ist ein ebenso klarer wie eindeutiger Grundsatz. Er verpflichtet zu angemessener Entscheidung und Handlungsweise.

Kontakte mit Sozialisten

Ist nun eine Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien mit sozialdemokratischen Parteien möglich? Hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles, nämlich dem der sozialen Gerechtigkeit, erscheint Dalla Torre eine solche Zusammenarbeit sogar erforderlich, sofern die sozialistischen Parteien auf ein demagogisches Betonen von Ideen-Monopolen verzichten und sofern sie den Sozialismus nicht nur dann als verwirklichungsfähig ansehen, wenn er eng mit der veralteten Doktrin des historischen Materialismus verbunden bleibt.

Man hört in Rom also die Meinung, daß unter dem Pontifikat Johannes' XXIII. jene Persönlichkeiten, Gruppen und Kreise Beifall finden werden, die meinen, es sei wichtiger, erst einmal Konkretes zu erreichen, auf sozialpolitischem Gebiete. Der Ideenkampf brauche deswegen nicht zu erlahmen. Und es genüge auch, zu erkennen, welche Idee gesiegt habe, nachdem er erstmal solche Ideen endlich verwirklicht worden sind, d. h. wenn die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten beseitigt sind.

Mehr Caritas als Philosophie

Eine neue Gesellschaft, in welcher die Arbeit und nicht das Kapital den Vorrang hat, würde aber für die katholische Kirche niemals als End- und Selbstzweck menschlicher Entwicklung angesehen werden können. Das letzte und höchste Ziel der Kirche ist und bleibt die Vermittlung der Gnadenmittel zur religiösen Erlösung aller Menschen. Und auch ihr soziales Wirken entspricht weniger politischem als karitativem Bemühen. Daß die heutige Menschheit jedoch mehr Caritas als Philosophie braucht, das hat Johannes XXIII. mit aller Deutlichkeit gesagt.

Ulbricht erhielt Fürsprache

Der traurige Ruhm des Professors Hagemann

D. T. Während die Ostberliner Presse ihre Kampagne gegen Westberlin und die hier stationierten Truppen fortsetzt, gab SED-Chef Ulbricht „gemäßigte“ Erklärungen ab: nämlich vor dem Vertreter der „Daily Mail“, die bekanntlich eine Londoner Zeitung ist. Ulbricht ist nicht so dumm, jetzt in geharnisstem Sächsisch gegen Westberlin zu wettern und damit den einmütig empörten Westen noch mehr zu provozieren. Ulbrichts Äußerungen sind die Fortsetzung des Versuches Grotewohls, die Gefahr für Berlin, die in der Kündigung des Viermächtestatus liegt, zu verharmlosen und sie sogar zur Verlockung „für alle Deutschen“ werden zu lassen.

Aber dieses Unterfangen bleibt zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Bis jetzt haben Chrutschow, Grotewohl und Ulbricht nur einen Fürsprecher im Westen gefunden und dieser heißt Hagemann. Wen wundert es noch, daß dieser Professor aus Münster nach seinem Auftreten in Ostberlin und nach seinem Ausschluß aus der CDU nun auch noch auf die letzte Andeutung eines eigenwilligen Profils verzichtet und nicht nur die SED-Parolen nachplappert, sondern sie sogar im Jargon des kalten Krieges übertreibt. Für ihn ist Berlin eine „Eiterbeule“ und der Viermächtestatus eine „Anomalie“, deren Normalisierung, so läßt sich mit einiger Logik unschwer folgern, für ihn eben die Verwirklichung der östlichen Pläne ist. Diese Haltung kann in Berlin nur als Verrat empfunden werden.

Da Ulbricht mit einem solchen geistigen Überläufer keinen Staat machen kann — wobei diese Feststellung wörtlich zu nehmen ist —, kommt es ihm heute auf die Stabilisierung seines Zonen-Teilstaates an. Damit sagt er zwar nichts Neues, wohl aber zwingt ihn die Erregung des Auslandes, nun deutlich zu werden und die neben allen anderen Schikanen natürlich auch einkalkulierte Möglichkeit einer „Blockade“ als „Greuelmärchen“ zu bezeichnen, sowie

die bemerkenswerte Feststellung zu treffen, daß das Flüchtlingsproblem mit der „Frage Westberlins nichts zu tun“ habe. Ulbricht möchte also — und er tut es auch im Hinblick auf die erschwerte SED-Position bei den Berliner Wahlen — scheinbar beruhigen, er möchte die Situation bagatellisieren mit der Hinterabsicht, die Aufmerksamkeit, Entschlossenheit und die umfassenden Abwehrmaßnahmen des Westens zu schwächen.

Daß der Westen in der vom Osten drohend aufgeworfenen

Berlin-Frage so hellwach reagiert und zu Konsequenzen mit allen Mitteln bereit ist, paßt eben nicht in das auf weite Sicht abgesteckte Vorgehen gegen die Freiheit der Westsektoren. Die Neutralisierung eines von Schutztruppen verlassenen Berlins ist ein Ziel, das keinem Berliner, sondern bestenfalls einem Walter Hagemann als erstrebenswert vorgegaukelt werden kann. Ulbricht sagt es ganz offen: Diese Neutralisierung Berlins soll beispielhaft für ganz Deutschland werden. Das freie Berlin und die Westmächte in dieser Stadt werden aber ganz Deutschland ein anderes, bequemes Beispiel geben.

Berliner Wahlkampf geht weiter

Stellungnahme von CDU und SPD gegen FDP-Vorschlag

Berlin (Eigenmeldung). Zu dem FDP-Vorschlag, den Berliner Wahlkampf in Anbetracht der politischen Situation abzubauen, haben sowohl die SPD als auch die CDU Stellung genommen. Der CDU-Landesvorsitzende, Bundesminister Lemmer, wies vor Pressevertretern darauf hin, daß ein derartiger Verlauf des Wahlkampfes nur zur Dramatisierung der Lage beitragen könne. Allerdings sollten alle Parteien den politischen Gegebenheiten durch eine faire Auseinandersetzung Rechnung tragen.

Der SPD-Landesausschuß sprach sich in einer Erklärung ebenfalls gegen einen Abbruch des Wahlkampfes aus. Man könne nicht den Eindruck erwecken, als ob in Berlin Anlaß bestehe, selbstverständliche demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken. Gleichzeitig erinnert die SPD daran, daß sogar während der Blockade im November 1948 ein fairer und demokratischer Wahlkampf mit Erfolg für Berlin durchgeführt worden sei.

Sonderansicht Brandts

Berlin (Eigenmeldung). In einer Wahlkündigung in Berlin-Reinickendorf bezeichnete es der Regierende Bürgermeister Brandt als Versäumnis Bonns, in der jüngsten deutschen Note an Moskau das Thema Berlin nicht erwähnt zu haben. Diese Erklärung Brandts hat in politischen Kreisen Berlins Befrem-

den ausgelöst, weil alle Parteien und insbesondere die Sozialdemokraten in Bonn die Auffassung vertreten haben, die Note dürfe keine Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen darstellen sowie keine Vorbelastung für Vierer-Gespräche. Denn die Note sei lediglich ein Appell an Moskau gewesen, in einem Viermächte-Gremium an der Wiedervereinigung mitzuarbeiten.

Hlasko in den USA

Köln (ap). Der 25jährige polnische Schriftsteller Marek Hlasko („Der achte Wochentag“), der Anfang Oktober in Westberlin um politisches Asyl bat, ist auf Einladung eines New-Yorker Komitees nach den USA geflogen. Wie sein deutscher Verleger, Dr. Witsch, mitteilte, werden die weiteren Pläne Hlaskos zum Teil von dem Verlauf dieses Amerika-Besuches abhängen, bei dem er, wie es sein Wunsch sei, Eindrücke über das wirkliche Leben in diesem Bereich der westlichen Welt sammeln wolle. Hlasko habe einige Aussicht, von dem New-Yorker Komitee ein Stipendium zu erhalten.

Mondrakete im Dezember?

Houston/Texas (ap). Die amerikanische Armee wird einer Erklärung des Präsidenten des kalifornischen Technologischen Instituts zufolge wahrscheinlich Anfang des nächsten Monats eine Mondrakete starten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Die Aufrechterhaltung der interzonalen Verkehrswege ist in einem Zusatzprotokoll für westliche Stahllieferungen an die Sowjetzone enthalten. Dr. Leopold erläuterte das Abkommen im Berliner Bundeshaus. — Unten: Das Ziel vieler Berliner war dieser Tage der etwa zwei Kilometer lange Bauabschnitt des Berliner Schnellstraßenringes, der am Mittwoch dem Verkehr übergeben wurde. Unser Bild zeigt einen Blick in die Ein- bzw. Ausfahrt des Tunnels unter dem Kurfürstendamm.

